



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Verbraucher aufklären statt bevormunden – Einführung einer Fleischsteuer verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen gegen die Einführung einer bundesweiten Fleischsteuer auszusprechen und sich stattdessen für verbesserte Verbraucheraufklärung im Bereich der Lebensmittelherkunft und Ernährung einzusetzen.

Begründung:

Zahlreiche Studien über das Konsumverhalten der Deutschen belegen immer wieder, dass die Mehrheit der Befragten sich mehr Tierschutz wünscht, sich aber im Supermarkt jedes Mal für das günstigste Produkt entscheidet. Bei keinem anderen Lebensmittel wird eine größere Diskrepanz zwischen Kaufabsicht und Kaufverhalten beobachtet wie bei Fleisch und Fleischprodukten.^{1,2}

Auch haben Feldversuche von großen Discountern bereits aufgezeigt, dass sich auch bei einem eingeschränkten Fleischangebot das Kaufverhalten der Verbraucher offensichtlich nicht ändert. Deutsche kaufen am liebsten preiswert. Mehr Tierschutz ist nur mit aufgeklärten Verbrauchern möglich, die durch transparente Herkunftsangaben in die Lage versetzt werden, eine informierte Kaufentscheidung treffen zu können.

Obwohl das Kaufverhalten der Verbraucher in seiner Aussage eindeutig ist, kündigte die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner (CDU) auf dem sog. Fleischgipfel in Düsseldorf die Einführung einer Sondersteuer auf Fleisch an, die sog. Tierwohlabgabe.³ Diese Fleischsteuer sieht zunächst einen Aufpreis von 40 Cent je Kilogramm auf Fleisch im Handel vor. Mit diesen Einnahmen soll der Umbau der Ställe in der Schweinehaltung finanziert werden.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) liegen die geschätzten Umbaukosten bei etwa 3,6 Mrd. Euro jährlich. Der Kompetenzkreis im BMEL schlug zur Unterstützung der Nutztierhalter eine Kombination von Prämien zur Abdeckung der Kosten für das staatliche Tierwohlkennzeichen einerseits und von einer Investitionsförderung für die höheren Tierschutzstandards andererseits vor.⁴ Dabei werden lediglich 80 bis 90 Prozent der Investitionskosten, die auf die Landwirte zukommen, ausgeglichen. Landwirte müssen bis zu 20 Prozent der Investitionskosten für

¹ <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/konsumstatistik-deutsche-kaufen-fleisch-am-liebsten-billig/24021138.html?ticket=ST-149805-Ls2bCcica3iJrqfzZDFd-ap2>

² <https://www.zeit.de/news/2019-02/21/deutsche-kaufen-fleisch-am-liebsten-billig-190221-99-75871>

³ <https://www.tagesschau.de/inland/werkvertraege-fleischgipfel-preisdumping-101.html>

⁴ <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-8936.pdf;jsessionid=5AFC3C18E6F0905DABD0DFDA9B8C9CE0>

die Umbaumaßnahmen selbst aufbringen. Damit ist – gemessen an der Wertschöpfung der Nutztierhaltung – dieser Eigenanteil von 20 Prozent größer als das berechnete Investitionsvolumen von 11,8 Prozent.

Die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz aus Nordrhein-Westfalen (NRW) Ursula Heinen-Esser und die Landwirtschaftsministerin aus Niedersachsen Barbara Otte-Kinast (beide CDU) vergleichen die Sondersteuer auf Fleisch mit der EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) zur Förderung sog. erneuerbarer Energien. Dazu sagte die Landwirtschaftsministerin Otte-Kinast dem WDR: „Wir müssen so frech sein und in diese Richtung denken“. NRW-Umweltministerin Heinen-Esser fügte hinzu, dass es Umweltschutzstandards „nicht zum Nulltarif“ gebe.⁵ Allerdings hat die NRW-Umweltministerin vergessen zu erwähnen, dass die Umweltstandards und -auflagen heute schon Mehrkosten und Mindererlöse für die deutsche Landwirtschaft in Höhe von 4,6 Mrd. Euro verursachen, davon alleine 700 Mio. Euro im Bereich Tierwohl.⁶

Die Fleischsteuer soll zunächst nur in Deutschland für verkauftes Fleisch gelten. Andere EU-Mitgliedsstaaten haben sich dem Vorstoß der Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft nicht angeschlossen. Damit wird der Druck auf heimische Fleischproduzenten, die sich auf den deutschen Fleischmarkt spezialisiert haben, erhöht. Die Bundesregierung hat im europäischen Binnenmarkt keine Handlungsmöglichkeiten, den Import von Billigfleisch aus dem EU-Ausland zu verhindern. Damit unternimmt Deutschland in der Nutztierhaltung ebenso einen nationalen Alleingang wie schon bei der sog. Energiewende.

Schon jetzt werden Stimmen von Umwelt- und Tierschutzverbänden laut, dass der Einstiegsaufschlag zu niedrig angesetzt ist. Greenpeace fordert schon jetzt einen Aufpreis von 50 Cent pro Kilogramm in Verbindung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer für Fleisch.⁷

Durch die politischen Maßnahmen der Landes- und Bundesregierung gegen Corona erleben wir eine Wirtschaftskrise und dadurch sinkende Steuereinnahmen. Mit der Einführung der Fleischsteuer wird jetzt ein Instrument geschaffen, um Haushaltslöcher zu stopfen, wie einst (und bis heute) die Schaumweinsteuer und die Tabaksteuer.

Im Interesse unserer Verbraucher und unserer Landwirte ist eine bundesweite Fleischsteuer abzulehnen.

⁵ <https://www.wdr.de/nachrichten/landespolitik/branchengespraech-fleisch-100.html>

⁶ <https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/umweltstandards-und-auflagen-kosten-bauern-4-6-milliarden-euro-9597565.html>

⁷ <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/tierwohlabgabe-und-hoehere-steuern-greenpeace-will-50-cent-aufschlag-pro-kilo-fleisch/25426932.html>